

Sitzungsvorlage
860/400/2018

Amt/Abteilung: Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Datum: 08.10.2018	Aktenzeichen: 861		
An:	Datum der Beratung	Zuständigkeit	Abstimmungsergeb.
Stadtvorstand	08.10.2018	Vorberatung N	
Verwaltungsrat	18.10.2018	Entscheidung Ö	
Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau			
Hauptausschuss	30.10.2018	Vorberatung Ö	
Stadtrat	13.11.2018	Entscheidung Ö	

Betreff:

Jahresabschluss 2017 des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts

Beschlussvorschlag:

Feststellung des Jahresabschlusses und Ergebnisverwendung

- I. Der Verwaltungsrat stellt gem. § 7 Abs. 2 Ziffer f der Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau den geprüften Jahresabschluss des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts zum 31.12.2017 wie folgt fest: Summe der Aktivseite und Passivseite der Bilanz mit 92.777.411,58 € und den Jahresgewinn mit 898.614,50 €, der sich aus den Abschlussergebnissen der Betriebszweige

Abwasserbeseitigung mit	834.030,90 €
Abfallentsorgung mit	264.263,11 €
Bauhof mit	-131.834,48 €
Straßenreinigung mit	-74.372,35 €
Service	6.527,32 €

zusammensetzt und beschließt die Verwendung der Abschlussergebnisse wie folgt:

Der Jahresgewinn der Betriebszweige Abwasserbeseitigung und Service wird der allgemeinen Rücklage zugeführt. Der Jahresgewinn des Betriebszweiges Abfallentsorgung wird dem Gewinnvortragskonto zugewiesen. Der Jahresverlust der Betriebszweige Bauhof und Straßenreinigung wird mit der allgemeinen Rücklage verrechnet.

- II. Der Rat der Stadt Landau stimmt dem Beschluss des Verwaltungsrates gem. § 7 Abs. 2 der Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses und der Ergebnisverwendung zu.

Begründung:

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft SWS Schüllermann und Partner AG, Mainz hat den Jahresabschluss 2017 des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes Landau geprüft. Im Prüfungsbericht erteilt die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft den uneingeschränkten Prüfungsvermerk.

Für die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses und der Verwendung des Jahresergebnisses der Anstalt und der Entlastung des Vorstandes ist der Verwaltungsrat nach § 7 Absatz 2 Ziffer f und h der Anstaltssatzung zuständig. Allerdings steht der Beschluss über die Prüfung des Jahresabschlusses und der Ergebnisverwendung unter dem Vorbehalt der abschließenden Zustimmung des Stadtrates gemäß § 7 Absatz 2.

Das konsolidierte Abschlussergebnis 2017 liegt mit einem Jahresüberschuss von 898 T€ um 1.035 T€ über dem Vorjahresergebnis. Hauptsächlichste Ursache für die positive Entwicklung des Jahresergebnisses sind höhere Erträge mit ca. 645 T€, (insbesondere im Bereich der Umsatzerlöse) sowie durch niedrigere Aufwendungen mit insgesamt 390 T€. Dies betrifft hauptsächlich reduzierte Aufwendungen für Material und Verwaltung. Die einzelnen Betriebszweige haben sich wie folgt entwickelt:

1 Abwasserbeseitigung

Der Wirtschaftsplan 2017 ging von einem positiven Jahresergebnis von 353 T€ aus.

Das Ergebnis beläuft sich mit einem Jahresgewinn von 834 T€ ca. 783 T€ über dem Ergebnis des Vorjahres. Erhöht haben sich im Wesentlichen die Umsatzerlöse für Schmutzwasser durch Erhöhung der Gebühren (ab 01.01.2017) um 72 T€, für Oberflächenwasser um 55 T€ (keine Gebührenerhöhung sondern Erhöhung der Abrechnungsflächen) sowie für den städtischen Anteil an der Oberflächenentwässerung und der Kostenbeteiligung der Verbandsgemeinden aufgrund der Zweckvereinbarung mit insgesamt 253 T€ während die sonstigen betrieblichen Erträge sich um 30 T€ erhöhten.

Die gesamten Aufwendungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 400 T€ vermindert. Insbesondere der Personalaufwand (Altersvorsorge und Beihilfe) mit 96 T€, die Unterhaltung baulicher Anlagen mit 172 T€ sowie die internen Verwaltungskosten mit 156 T€ sind hier ursächlich.

Der Gewinn liegt unterhalb des Mindestgewinns nach § 8 Absatz 3 des Kommunalabgabengesetzes, das eine angemessene Verzinsung des Eigenkapitals fordert. Als Mindestgewinn wären demnach 1.050 T€ zu erzielen.

Investitionen waren im Umfang von 4.560 T€ geplant. Tatsächlich wurden Investitionen in Höhe von 1.800 T€ insbesondere für Kanalbaumaßnahmen realisiert.

2 Abfallentsorgung

Der Wirtschaftsplan 2017 ging von einem positiven Jahresergebnis von 172 T€ aus. Mit einem positiven Jahresergebnis von 264 T€ konnte das geplante Ergebnis übertroffen werden und liegt mit 317 T€ über dem Vorjahresergebnis.

Die betrieblichen Erträge lagen um 55 T€ höher als im Vorjahr. Dabei stiegen die Gebühreneinnahmen um 182 T€. Insbesondere führte neben der Gebührenerhöhung im Jahr 2016 auch die Zunahme der gebührenpflichtigen Abfallbehälter zu diesen Mehreinnahmen. Positiv entwickelte sich die Erhöhung der Verwertungserlöse für

Papier, Pappe und Kartonage mit Mehreinnahmen von 72 T€. Die sonstigen betrieblichen Erträge verminderten sich um 191 T€, welche insbesondere auf dem Wegfall von Veräußerungserlösen für Anlagevermögen und Zuschüssen gegenüber dem Vorjahr beruht.

Die gesamten Aufwendungen, insbesondere für Betriebsleistungen, haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 270 T€ vermindert. Ein wesentlicher Teil fällt auf niedrigere Materialaufwendungen mit 174 T€; Personalaufwendungen (Altersvorsorge) mit 154 T€, sowie niedrigere Verwaltungskosten mit 120 T€.

Demgegenüber haben sich die Abschreibungen um 179 T€ erhöht. Grund ist die Sonderabschreibung auf Restbuchwerte der Gebäude der bis 31.12.2017 genutzten Müllumschlaganlage. Das Grundstück mit diesen Gebäuden wird im Jahr 2018 veräußert.

Die Sammlung von Papier, Pappe und Kartonagen (PPK) einschließlich der Vermarktung von Elektro- / Metallschrott im Rahmen des Betriebes gewerblicher Art (BgA) konnte noch ein positives Ergebnis von 17 T€ zur Entlastung der Gebühren liefern.

Der Mindestgewinn nach § 8 KAG wird erreicht.

An Investitionen waren 71 T€ geplant. Realisiert wurden dagegen Investitionen von 2.452 T€. Im Wesentlichen war für die höheren Ausgaben die zeitliche Verschiebung bei der baulichen Ausführung des neuen Wertstoffhofes maßgeblich.

3 Bauhof

Der Wirtschaftsplan 2017 ging von einem positiven Jahresergebnis von 3 T€ aus. Ein positives Jahresergebnis konnte nicht erzielt werden. Das negative Ergebnis liegt mit 132 T€ um 120 T€ höher als im Vorjahr.

Wesentliche Ursache hierfür sind die gegenüber dem Vorjahr höheren Personalkosten (108 T€). Dies beruht auf der prozentualen Erhöhung der tariflichen Vergütungen, der Zuführung einer Altersteilzeitrückstellung sowie der Erhöhung der Rückstellungen für Urlaub und Überstunden. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um 30 T€ gestiegen. Grund sind im Wesentlichen höhere Aufwendungen für Aus- und Fortbildung der Beschäftigten. Demgegenüber stehen niedrigere Kosten im Bereich Materialaufwand mit 47 T€. Dies liegt hauptsächlich an den gesunkenen Aufwendungen für Leiharbeitskräfte.

An Investitionen waren 426 T€ vorgesehen. Die tatsächlichen Investitionen betrugen 210 T€ für Fahrzeuge und Betrieb- und Geschäftsausstattung.

4 Straßenreinigung

Der Wirtschaftsplan 2017 ging von einem Verlust in Höhe von 111 T€ aus. Das tatsächliche negative Ergebnis beträgt 74 T€. Es hat sich damit um 32 T€ gegenüber dem Ergebnis des Vorjahres verbessert.

Die betrieblichen Erträge haben sich um 14 T€ vermindert: Wesentliche Ursache sind niedrigere Umsatzerlöse

Die gesamten Aufwendungen, insbesondere für Betriebsleistungen, haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 64 T€ vermindert. Ein wesentlicher Teil fällt auf niedrigere Personalaufwendungen (Altersvorsorge) mit 56 T€ und niedrigere interne Verwaltungskosten mit 9 T€. Dagegen hat sich das Finanzergebnis um 19 T€ vermindert.

Der Mindestgewinn nach § 8 KAG wird nicht erzielt.

An Investitionen waren 30 T€ vorgesehen. Realisiert wurden davon nur 1 T€ für die Beschaffung von öffentlichen Abfallsammelbehältern.

5 Service

Der Wirtschaftsplan 2017 ging von einem positiven Jahresergebnis in Höhe von 54 T€ aus. Das geplante Ergebnis wurde mit einem Jahresüberschuss von 7 T€ nicht erreicht und liegt mit 24 T€ über dem des Vorjahres.

Die Umsatzerlöse haben sich insbesondere durch niedrigere Kostenerstattungen der anderen Betriebszweige in Höhe 156 T€ vermindert. Die Aufwendungen haben sich um 131 T€ demgegenüber ebenfalls reduziert. Wesentlicher Grund sind der Wegfall von Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr.

An Investitionen waren insgesamt 345 T€ vorgesehen. Insgesamt wurden 151 T€ für die Beschaffung von EDV-Hard- und Software und für Betriebs- und Geschäftsausstattung verausgabt. EDV-Investitionen wurden zum Teil in das Jahr 2018 geschoben.

Anlagen:

Jahresabschlussbericht EWL 2017

Beteiligtes Amt/Ämter:

Dezernat II - BGM

Schlusszeichnung:

